

14.21

**Abgeordneter Alois Stöger, diplômé** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Bundesministerin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren Zuseherinnen und Zuseher! Offenbar ist es notwendig, die Regierungsparteien daran zu erinnern, dass es in Österreich nicht nur Unternehmer gibt (*Abg. Belakowitsch: Wirklich?*), sondern auch Arbeitnehmer. (*Abg. Belakowitsch: Bloß in der SPÖ nicht mehr, da gibt es nur mehr Funktionäre: Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeiterkammerfunktionäre, Parteifunktionäre!*) Man hat nämlich den Eindruck, dass immer nur die Interessen der Unternehmer vertreten werden und nie jene der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich muss sehr deutlich auf eines hinweisen – und das sage ich ganz bewusst Herrn Abgeordnetem Haubner, und ich sage es auch Herrn Abgeordnetem Karlheinz Kopf –: Mir liegt (*eine Kopie eines Schriftstücks in die Höhe haltend*) eine Sozialpartnervereinbarung vor (*Abg. Belakowitsch: Von wann?*) – aus dem Jahr 2017. Die Sozialpartner, nämlich die, die sich dort auskennen – Unternehmerinnen und Unternehmer, die in den Arbeitskräfteüberlassungsbetrieben tätig sind, die dort Verantwortung übernehmen –, haben gesagt: Wir wollen diese Branche aufwerten! (*Abg. Haubner: Ja, eh!*) Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Leiharbeit, in der Zeitarbeit haben schwierige Arbeitsbedingungen, müssen sich flexibel auf neue Bedingungen einstellen, und die Arbeitgeber haben erkannt, dass sie dafür eine entsprechende Ausbildung brauchen; daher, weil sie in die Zukunft gedacht haben, waren sie bereit, den Sozial- und Weiterbildungsfonds zu gründen.

Mittels des Sozial- und Weiterbildungsfonds war man in der Lage, über 20 000 Menschen in der Leiharbeit auszubilden, 500 von ihnen haben auch eine komplette Facharbeiterausbildung abgeschlossen. Genau diese Unternehmer, Herr Fachverbandsobmann Ing. Siegfried Frisch, Herr Fachverbandsgeschäftsführer Thomas Kirchner – das sind wahrscheinlich diejenigen, die sich in der Branche gut auskennen –, haben (*neuerlich die Kopie eines Schriftstücks in die Höhe haltend*) eine Vereinbarung unterschrieben (*Abg. Belakowitsch: Das ist aber schon alt!*), und die war die Basis für die Regelung des Gesetzgebers im Jahr 2017. (*Abg. Belakowitsch: Wer war denn da Minister?*)

Ihr ändert das heute einseitig. Das wird jetzt beliebig. Ist es in Zukunft so, Herr Generalsekretär, dass alles, was man mit der Wirtschaftskammer ausmacht, dann im Parlament geändert wird? (*Abg. Haubner: Das war ja ganz etwas anderes!*) Gehen wir in diese Richtung, ist das so? Das (*neuerlich die Kopie eines Schriftstücks in die Höhe haltend*) war 2017 (*Abg. Belakowitsch: Na, die Schattenregierung ist halt abgewählt,*

tut mir leid!), genau diese Regelung; bis heute hat es keine Verhandlung mit dem Vertragspartner gegeben. (Abg. **Haubner**: *Nicht jammern, arbeiten! Nicht jammern, arbeiten!*) Ist das die Vorgangsweise einer Kooperation und einer Zusammenarbeit? – Ich sehe das nicht so! (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf der Abg. **Tanja Graf**.)

Zum Zweiten: Alle Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter wissen, das ist befristet, und daher ist es so, dass gerade die Zahl der Menschen in der Zeitarbeit begrenzt ist. (Abg. **Tanja Graf**: *Ein bisschen mehr Wertschätzung!*) Unser Vorschlag ist daher, dass sie nach 18 Monaten Tätigkeit in einem Unternehmen einen individuellen Anspruch auf Übernahme haben, und genau das fordern wir. Fragen Sie einen Zeitarbeiter in der Branche – alle werden sagen: Ja, das ist gescheit!

Fragen Sie einen Mitarbeiter oder einen Unternehmer, ob es Sinn macht, in einem Unternehmen mehr als 10 Prozent der Beschäftigten in Zeitarbeit zu haben, dann wird Ihnen jeder denkende Unternehmer und jeder Arbeitnehmer sagen: 10 Prozent der Beschäftigten in Zeitarbeit ist genug, alles andere ist Umgehung! (Abg. **Haubner**: *Freiheit! Freiheit der Entscheidung, Herr Kollege! Freiheit der Entscheidung!*) – In diesem Sinn: Unterstützen Sie unsere Anträge! (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf der Abg. **Belakowitsch**.)

14.25